



# Information

Erlensee, den 09.12.2010

## **CDU-Fraktionsvorsitzender Max Schad Haushaltsrede 2011**

- Es gilt das gesprochene Wort -

Herr Vorsitzender,  
meine sehr geehrte Damen und Herren,

vor uns liegt der Haushaltsentwurf für das Jahr 2011, über den wir nunmehr befinden sollen. Von Seiten der Fraktionen haben wir uns in den zurückliegenden Wochen intensiv mit der Vorlage und damit auch mit den Zahlen beschäftigt. Es ist dies der erste Haushalt, der nach den vorgegebenen Produktbereichen aufgestellt wurde.

Seitdem ich in das örtliche Parlament gewählt worden bin ist dies nun der dritte Haushaltstyp, an den es sich zu gewöhnen gilt. Und ich denke, es besteht nunmehr Anlass zur Hoffnung, dass dies die letzte grundlegende Änderung ist, an die wir uns gewöhnen müssen. Das Formulieren von Zielen im Haushalt und die politische Bewertung dieser Ziele ist zugegebenermaßen noch etwas ungewohnt, an den Haushaltsanträgen andererseits lässt sich ja erkennen, dass die Fraktionen sich durchaus an dieses Wagnis herangetraut haben.

Zu einer Bewertung der Systematik erscheint es uns noch etwas früh zu sein. Man wird sehen, wie die weitere Entwicklung vorangeht. Erst in einiger Zeit werden wir sagen können, ob uns die neue Systematik tatsächlich einen grundlegenden Gewinn an Erkenntnissen bringen wird. Auf Grund der fehlenden Vergleichszahlen hat sich dieser Erkenntnisgewinn doch in sehr engen Grenzen gehalten, vielen erschien die geringere Informationsdichte doch als ein Rückschritt.

Meine Damen und Herren, ich denke, in der Bewertung der Ursachen über die vorliegenden Zahlen sind wir alle nicht sonderlich weit voneinander entfernt. Die Wirtschaftskrise der vergangenen zwei Jahre - die immerhin schärfste seit der Weltwirtschaftskrise - ist in der Tat nicht spurlos an uns vorüber gezogen. Dies macht sich bemerkbar bei den Schlüsselzuweisungen des Landes aber auch bei der Einkommensteuer.

Andererseits - und das wird in meinen Augen oft verkannt - kommen wir auch von einem sehr hohen Niveau in den Jahren 2008 und 2009. Wenn man die kampagnenartig vorgetragenen, immer gleichen Pressemeldungen und den Aktionismus betrachtet, der gerade von der Sozialdemokratie auf Kreisebene kommt hat man das Gefühl, das Land und der Bund hätten

ihre kommunale Unterstützung vollständig eingestellt und die Kommunen stehen vor dem Untergang.

Ich denke, dass die Töne und der Aktionismus in diesem Bereich wie-der deutlich angenehmer wird ab dem 28. März, also dem Tag nach der Kommunalwahl. Ich darf es noch mal sagen, die finanzielle Unterstützung von den übergeordneten Ebenen ist verglichen zu früheren Dekaden so hoch wie nie zuvor. Auch relativ gesehen können wir uns noch nicht einmal beschweren - umliegenden Kommunen wie etwa die Stadt Langenselbold erhalten deutlich weniger direkte Zuweisungen wie wir. Das sollten wir nicht vergessen, wenngleich man sagen muss, dass die zunehmende Übertragung von Aufgaben auf die kommunale Ebene ohne eine weitere Kompensation so nicht weitergehen kann.

Von allen Gebietskörperschaften sind die Kommunen in der Summe finanzpolitisch noch am besten aufgestellt. Bund und auch das reiche Land Hessen weisen deutlich schlechtere Bilanz-, Verschuldungs- und Zinslastquoten aus. So gibt der Bund rund 12 % seines Gesamthaushaltes für Zinsen, das Land mehr als 5 %, die Kommunen liegen in ihrer Gesamtheit doch erheblich darunter - und hier sind schon Kommunen eingerechnet wie etwa die Großstädte im Ruhrgebiet, die jeweils Schulden in Milliardenhöhe angehäuft haben.

Deshalb erwarte ich nicht, dass Bund und Land uns nennenswert helfen werden. Aber wir können erwarten, dass uns die übergeordneten Ebenen weder direkt noch indirekt in die Tasche greifen. Und ich erwarte zweitens, dass uns keine neuen Aufgaben zugewiesen werden. Die parteipolitische Frage wird in meinen Augen überbewertet und so manches parteipolitische Geschrei verdeckt die strukturellen Debatten, die eigentlich zu führen wären.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Gemeinde entwickelt sich in vielen Bereichen sehr erfreulich - darauf kommen wir noch zu sprechen. Dennoch rutschen wir wieder ordentlich in die roten Zahlen. Dieser Einbruch kann nur teilweise auf die Weltwirtschaftskrise zurückgeführt werden. Das Hauptproblem resultiert aus dem Auseinanderlaufen von Aufwand und Ertrag. Die vielen neuen Aufgaben und Leistungen können wir nicht finanzieren. Und das Problem ist aber nur noch auf gesamtstaatlicher Ebene zu lösen. Die Bemühungen der Gemeindefinanzkommission sind bislang leider noch nicht von Erfolg gekrönt gewesen - es werden harte Verhandlungen zu führen sein.

Von der Teilnahme auf einem Kommunalkongress zur Zukunft unserer Finanzen weiß ich aber auch, wie aggressiv und wenig kompromissbereit die Vertreter der kommunalen Gebietskörperschaften - insbesondere die Vertreter des Städtetages auftreten können. Eins steht schon heute fest: Ohne Kompromissbereitschaft auf allen Seiten wird es zu einer Veränderung der misslichen Lage in absehbarer Zeit nicht kommen.

Ich habe es schon angesprochen: Erlensee hat sich in den zurückliegenden Jahren in vielen Bereichen hervorragend entwickelt. Ich bin überzeugt davon, dass sich die relative Position unserer Gemeinde sogar verbessert hat. Diese Erfolge sind nicht vom Himmel gefallen oder nur das Ergebnis glücklicher Entwicklungen. Die politische Strategie der zurückliegenden Jahre hat sich ausgezahlt. Wir als CDU-Fraktion haben zu dieser Entwicklung einiges beitragen können. Darauf können wir stolz sein.

Dazu gehört die Schaffung neuer Gewerbe- und Wohngebiete genauso wie die konsequente Investition in unsere Infrastruktur. Dies beginnt bei der verkehrlichen Infrastruktur - z.B. Stichwort Familienbus - und reicht über den Rückbau der Leipziger Straße bis hin zu

wichtigen Projekten im sozialen Bereich, die die CDU-Fraktion aus Überzeugung unterstützt hat.

Mit der von der CDU unterstützten Schaffung eines neuen Wohngebiets am Langenselbolder Weg setzen wir die Zeichen auf Wachstum. Wir sind davon überzeugt, dass sich das Wohngebiet gut entwickeln wird und unsere Kommune sowohl auf der persönlichen Ebene als auch finanziell weiterbringen wird. Wir freuen uns auf viele neue Mitbürgerinnen und Mitbürger, wiewohl meine Fraktion nicht verhehlen kann, dass uns die verkehrliche Situation im Bereich um die Theodor-Heuss-Straße schon Gedanken macht. Denn eine spürbare Mehrbelastung des innerörtlichen Verkehrs führt zu einem Verlust von Lebensqualität. Und das gilt es zu verhindern.

Ähnlich positive Signale vernimmt man auch aus dem Gewerbegebiet an der A 45, das uns ja am heutigen Abend noch einmal beschäftigen wird. So wie es aussieht, kommen wir der vollständigen Auslastung des Gebiets ein gutes Stück näher. Auch hier scheint unsere kommunale Strategie aufzugehen. Es sieht danach aus, als können wir nun endlich strukturelle Versäumnisse vergangener Dekaden, die uns in manchen Bereichen ins Hintertreffen gebracht haben, nunmehr ausgleichen können. Wir hoffen, dass mit der Ansiedlung der neuen Unternehmen Schwung in unsere Gemeindekasse kommt und die Einnahmehasis nachhaltig verbessert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist mittlerweile eine Binsenweisheit: Der demografische Wandel schreitet fort. Keine Binsenweisheit ist indes: Die Belange unserer Senioren werden immer wichtiger. Erfreulich ist daher, dass wir ein modernes Seniorenheim in der Mitte unserer Gemeinde etablieren konnten. Ich denke, es war richtig, dem Kreis mit seinem eher altmodischen Konzept eine Absage zu erteilen und sich für das Konzept von Benevit zu entscheiden. Wenn wir von uns behaupten können, den Seniorinnen und Senioren in unserer Gemeinde eine Gelegenheit zu einem würdevollen Altern gegeben zu haben, ist das ein riesen Erfolg.

Ganz ähnlich ist dies bei der neuen Wohnanlage der Selbsthilfe Körperbehinderter - ein Projekt, das dieses Parlament nach gewissen Anlaufschwierigkeiten einstimmig unterstützt hat. Betrachtet man die Entwicklung der Gesamtanlage, so bleibt, den dort handelnden Personen um die Familie Breunig-Wohland und Herrn Schneider für das phantastische Engagement zu danken.

Heftig zu Buche schlägt in diesem Jahr unser Schwimmbad. Das Bekenntnis zu unserem Bad war angesichts der Kosten und insbesondere der heftigen Nachschläge nicht so leicht. Andererseits ist auch hier unsere Position klar: Wir können es uns nicht erlauben, aus unserem Schwimmbad eine Bauruine werden zu lassen. Dies wäre unvernünftig und gleichzeitig ein Verlust an Lebensqualität in unserer Gemeinde. Unser Bekenntnis zum Schwimmbad war richtig, auch wenn wir hoffen und erwarten, nicht alleine auf den Mehrkosten für unser Hallenbad sitzen zu bleiben. Wir sind gespannt, wie die angekündigten Prozesse ausfallen werden und zu welchem Ergebnis die Gerichte dann kommen. Wir Gemeindevertreter müssen nun mit dem Gemeindevorstand dafür sorgen, dass das Bad so gut wie möglich genutzt wird. Dazu bedarf es eines engagierten Teams im Schwimmbad, das bereit ist, ein anspruchsvolles Betriebssystem, das konsequent auf die Interessen der Bürgerinnen und Bürger abgestimmt ist, mit Leben zu füllen. Die Erwartungen des Parlaments sind an verschiedenen Stellen eindeutig formuliert worden und ich bin überzeugt, dass wir hier entsprechend nachhalten

werden. Denn schließlich muss auch unter dem betriebswirtschaftlichen Aspekt alles dafür getan werden, dass uns die Verluste durch das Bad nicht aus dem Ruder laufen.

Einen großen Sprung nach vorne haben wir bei der Kinderbetreuung gemacht. Mit der Einweihung der Kinderbetreuungseinrichtung Hummelburg liefern wir den Bürgerinnen und Bürgern Antworten auf die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir können dafür sorgen, dass gerade junge Frauen ihre individuellen Lebensentwürfe trotz eines Kinderwunsches nicht über den Haufen werfen müssen. Konsequenterweise bedeutet dies auch, dass unser Engagement nicht beim dritten Lebensjahr enden darf. Wenn wird es ernst meinen mit der konsequenten Vereinbarkeit von Familie und Beruf, müssen wir eine lückenlose Kette über die Kindergärten bis zur Hortbetreuung bieten. Dies sicherzustellen wird ein weiterer finanzieller Kraftakt. Mit der Planung der neuen Kindertagesstätte, die ja nunmehr angelaufen ist und die wir aus den eben genannten Gründen unterstützen, gehen wir den Weg der kinderfreundlichen Kommune konsequent weiter.

Der Rechtsanspruch auf eine Betreuung der unter dreijährigen Kinder aber auch die darauf folgenden Aufwendungen sind in Deutschland gesamtstaatlich und selbstverständlich auch in Erlensee keinesfalls finanziert. Wenn man akzeptiert, dass dieser Leistungsausweitung gesellschaftspolitisch höchste Priorität eingeräumt wird - und von dieser Notwendigkeit konnte sich die CDU-Fraktion auch noch mal im Rahmen des Besuchs der Hummelburg überzeugen - bedeutet dies auch, dass wir das Geld dafür auf den Tisch legen müssen. Dies wird uns nicht leicht fallen. Aber es führt kein Weg daran vorbei.

Gleichzeitig dürfen wir aber nicht dazu übergehen, sämtliche Verantwortung von den Eltern wegzunehmen und wie selbstverständlich ein rundum-sorglos Paket zu schnüren. Die Politik sollte es vermeiden, den Menschen das Gefühl zu geben, dass sie alle Probleme lösen kann.

*Es ist paradox, kommentiert dazu Prof. Zimmermann. Unsere Sozialausgaben haben sich in den vergangenen beiden Jahrzehnten mehr als verdreifacht; sie erreichten 2009 die Rekordsumme von 754 Milliarden Euro, geregelt in fast eintausend sozialgesetzlichen Titeln und Einzelschriften. Trotz dieser Explosion der finanziellen Leistungen wird aber die von den Bürgern gefühlte „Gerechtigkeitslücke“ immer größer - offenbar auch weil die Ansprüche noch schneller wachsen.*

Noch nie wurde in Deutschland so viel Geld für Kinder, Kinderbetreuung, Schule, Bildung und Familienförderung ausgegeben wie heute und dennoch entsteht der Eindruck, dass die Probleme noch nie so groß waren wie heute. Ob wir diesen Trend durch noch mehr Geld tatsächlich umdrehen können, darf zumindest angezweifelt werden. Da dürfen wir uns auch auf kommunaler Ebene nichts vormachen.

Wir von der CDU sind daher der Meinung, den jetzt eingeschlagenen Weg bei der Kinderbetreuung weiter zu beschreiten und unsere Gemeinde noch familienfreundlicher zu machen, aber gleichzeitig Mütter und Väter an ihre Pflichten erinnern und ihre Erfüllung einfordern.

Ein weiteres wichtiges Thema, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Zukunft des Sportzentrums. Durch die Diskussionen um die Zukunft des Fliegerhorstes ist es um das Sportzentrum etwas ruhiger geworden. Vor einiger Zeit hatten wir ja bereits einen CDU-Antrag zum Umzug des Sportzentrums auf der Tagesordnung. Wir sind für einen Umzug des Zentrums auf den Fliegerhorst, was natürlich in enger Ansprache mit den Vereinen erfolgen muss. Es ist klar, dass wir den Vereinen vor Ort ein besseres Angebot machen werden müssen

- und wollen - als das aktuelle. Wichtig ist uns, den Vereinen schnellstmöglich eine Perspektive geben zu können.

Vieles wird hier davon abhängen, wie die Entwicklung auf dem Fliegerhorst weitergeht. Wir erwarten, dass der neugegründete Zweckverband mit der gebotenen Dynamik seine Arbeit aufnimmt, mit dem Ziel, das riesige Potential des Fliegerhorstes für unsere Gemeinde zu nutzen. Anspruch muss dabei weiterhin bleiben, möglichst viel von unserem Entwicklungskonzept in Anlehnung an die Machbarkeitsstudie umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte es nicht versäumen, noch einige Ausführungen zu unseren Haushaltsanträgen zu machen.

Mit der Bereitstellung der Mittel für den Trimm-Dich-Pfad, für den wir bei Gelegenheit einen anderen Namen finden sollten - nicht nur weil ich die Diskussion über dieses Thema langsam nicht mehr hören kann - sondern auch weil ich von Herr Pabst darauf hingewiesen worden bin, dass es sich hierbei um einen Namen aus den achtziger Jahren handelt - wollen wir unsere Forderung weiterhin aufrecht erhalten. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern eine attraktive Möglichkeit zur körperlichen Betätigung gegeben, ohne dafür viel Geld in die Hand nehmen zu müssen. Wir wissen, dass es dafür Bedarf gibt und werden bei diesem Thema bis zur Realisierung nicht locker lassen. Gleichwohl werden wir vom Standort im Erlenwäldchen abrücken und einen Standort auf dem Fliegerhorst suchen. Sollte die Entwicklung zu lange dauern, werden wir uns noch einmal überlegen, ob wir die Standort-Diskussion neu aufnehmen.

Antrag zwei werden wir zurückziehen und eine neue Fassung vorlegen. Wir sind der Meinung, dass der seit einigen Jahren andauernde Disput um die Geschwindigkeitsmessenanlagen beendet werden sollte. Wir legen einen Antrag vor, der den Kauf einer Anlage für den Gefahrenpunkt L3193 vorsieht und dafür die Streichung der maroden Anlagen an der Friedrich-Ebert-Straße beabsichtigt. Durch eine Beschränkung der Anzahl an stationären Überwachungsanlagen auf die aktuelle Zahl stellen wir sicher, dass eine Verkehrsüberwachung erfolgen kann, ohne dass eine Vermehrung dieser Anlagen, den wir nach wie vor skeptisch gegenüberstehen, ins Unübersichtliche steigt. Ich denke, ein sinnvoller Kompromiss, der für alle tragbar sein sollte und der das Thema einer Lösung zuführt. Gleichzeitig stellen wir in aller Deutlichkeit fest, dass wir nicht bereit sind, einem Haushalt zuzustimmen, der die Herstellung drei weiterer Standorte vorsieht ohne defekte Anlagen zu entfernen und der eine Höchstgrenze verbindlich festschreibt.

Mit dem dritten Antrag wollen wir noch einmal deutlich machen, dass der Freiwillige Polizeidienst ein Erfolgsmodell ist, das weiter verstärkt werden sollte, um den bestmöglichen Effekt aus dem Programm zu erhalten – auch wenn die Gewinnung geeigneter Kräfte nicht einfach ist. Wir wollen, dass es hier im kommenden Jahr zu einer Intensivierung kommt.

Mit Antrag vier wollen wir die vermehrte Digitalisierung von Verwaltungsvorgängen befördern, mit dem Ziel, zukünftig Verwaltungskosten zu sparen.

Antrag fünf zielt auf die Verringerung des Zuschussbedarfs beim Hallenbad ab.

Mit Antrag sechs möchten wir erreichen, dass an den Haltestellen Ascher-Abfall-Kombinationen installiert werden, um mehr Sauberkeit an den örtlichen Bushaltestellen zu

erreichen. Dass sich solche Systeme durchaus bewähren, haben wir am Erfolg der von der CDU damals beantragten Hundehygiene-Stationen bereits gesehen.

Mit Antrag sieben wollen wir eine bessere Busverbindung zum Nidderauer Kino erreichen. Dies wäre gerade für Jugendliche und Menschen ohne eigenes Auto ein wichtiger Fortschritt. Allerdings haben wir bereits in den Ausschussberatungen erfahren, dass eine Realisierung mit erheblichen Problemen verbunden sein könnte. Eine gute Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln gerade für junge Menschen bleibt trotzdem eines unserer Ziele.

Die Anträge des Gemeindevorstands unterstützen wir. Ebenso die Anträge der SPD, Antrag zwei in geänderter Form.

Die Anträge 1 und 3 der Grünen unterstützen wir ebenfalls. Beides sind gute Ideen. Bei Antrag 2 werden wir uns mehrheitlich enthalten. Den Grünen für ihre Anträge - allesamt konkret und konstruktiv - herzlichen Dank. Bei Ihnen scheint in diesem Jahr gegolten zu haben: Qualität statt Quantität.

Kommen wir zu den Anträgen der UBE:

Antrag eins – also die Kürzungen bei den Sach- und Dienstleistungen um 15 Prozent erscheint wenig praktikabel und findet unsere Zu-stimmung nicht.

Antrag zwei - same procedure as every year James - lehnen wir ab. Begründung siehe Haushaltsreden 2006 bis 2010.

Antrag drei - die Kürzung von Zuschüssen für Vereine und sozialen Einrichtungen um die Hälfte ist ein Schlag ins Gesicht aller Aktiven vor Ort und setzt ganz klar die falschen Akzente.

Antrag 4, die Streichung einer Klimaanlage für den Serverraum erfolgt entgegen der fachlichen Expertise - wir lehnen ab.

Der Streichung der Mittel für den Garderobenständer – Antrag 5 - stimmen wir zu.

Am Kauf der elektronischen Schließanlage halten wir fest, sie wird schließlich auch Kostenersparnisse durch verminderten Personaleinsatz bringen.

Antrag 7, der Streichung eines Sozialraumes für die Schwimmbadmit-arbeiter lehnen wir ab. Im Rahmen der Besichtigung des Schwimm-bades unserer Fraktion konnten wir sehen, unter welchen Bedingungen die Mitarbeiter ihre Pausen etc. machen müssen. Wir fordern ganz klar motiviertes und freundliches Personal ein, sollten dem Personal aber auch das Grundbedürfnis nach einem ordentlichen Raum einräumen. Das bisherige „Loch“ hat diesem Anspruch nicht genügt.

Bei Antrag 8 - dem Blitzler-Antrag - werden wir uns mehrheitlich enthalten bzw. ablehnen. Die von uns vorgelegte Version ist ein Kompromiss, der zwar Zugeständnisse beinhaltet, der aber die Angelegenheit im Sinne aller Beteiligten löst. Ich denke, wir sollten hier den Konsens suchen.

Antrag 9, Streichung der Rathausmöbel lehnen wir ab.

Bei Antrag 10, der Streichung der Planungskosten für die Rathaussanierung geben wir die Abstimmung frei. Ich persönlich habe Sympathien für den Antrag, weil ich nach wie vor der Überzeugung bin, dass wir uns diese Investition nicht leisten können und wir hier ein sinnvolles Zeichen des Sparwillens setzen könnten. Es würde unseren strapazierten Finanzen gut tun.

Anträge 11 und 12 hingegen lehnen wir -wie auch schon im Ausschuss dargelegt - ab.

Meine sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Haushalt ist sicherlich alles andere als ein Wellnesspaket. Aber er geht in die richtige Richtung und gibt Antworten auf zukünftige Fragen - Stichwort Kinderbetreuung.

Sofern unsere Kernforderungen im Rahmend der Änderungsanträge hier Berücksichtigung finden, stimmen wir dem Haushalt mit seinen Anlagen zu und bedanken uns bei allen Beteiligten sehr herzlich. Lassen Sie uns weiter daran arbeiten, dass es uns in Erlensee gut geht.

Max Schad